

## Interpellation

von Michael Baumer (FDP)  
und Albert Leiser (FDP)

Das Sozialdepartement ist derzeit daran die Vergabe von städtischen Räumlichkeiten an von ihm unterstützte Vereine neu zu regeln. Für diesen Zweck sind sogenannte Gebrauchsleihverträge vorgesehen. In diesem Zusammenhang stellen sich einige Fragen:

1. Ist es korrekt, dass der Stadtrat auf echte Mietverträge verzichtet, damit eine nicht mehr unterstützte Institutionen „sofort“ durch eine neue am gleichen Ort ersetzt werden kann? Glaubt der Stadtrat, dass durch Vergabe als Gebrauchsleihe die zwingenden Vorschriften des Mietrechts nicht gelten? Welche anderen Gründe gibt allenfalls für den Verzicht auf Mietverträge bzw. welche Vorteile ergeben sich dadurch für die Stadtverwaltung?
2. Welche Vor- und Nachteile ergeben sich für die Institutionen aus der Tatsache, dass sie nicht durch das Mietrecht geschützt werden?
3. Betrachtet es der Stadtrat nicht als Problem, dass die unterstützten privaten Vereine keine Planungssicherheit mehr erhalten?
4. Ist die IMMO mit diesem Vorgehen einverstanden? Hat sie Bedenken geäußert?
5. Wie ist die Reaktion der betroffenen Institutionen?
6. Weshalb müssen diese Verträge rückwirkend auf den 1. Januar 2004 in Kraft gesetzt werden? Warum war es nicht möglich, die Verträge rechtzeitig auf Ende Jahr bereitzustellen?
7. Mit den Verträgen sollen die variablen Nebenkosten (wie Strom/Wasser, Abfallgebühren, Heizkosten etc.) durch eine Pauschale abgegolten werden. Wieso sollen ausgerechnet für Mieter städtischer Liegenschaften keine Anreizsystem zum sparsamen Umgang mit Ressourcen gelten? Mit welchen Mehrkosten rechnet der Stadtrat durch die flächendeckende Einführung von Betriebskehrrechtcontainern, anstelle der heutigen Züri-Säcke?

